

Andreas Polkowski

## Die mittel- und osteuropäischen Länder auf dem Weg in die EU

*Bereits ab dem Jahr 2003 plant die EU im Rahmen der Osterweiterung die ersten Beitrittskandidaten aufzunehmen. Nach welchen ökonomischen Kriterien entscheidet die EU über die Beitrittsfähigkeit? Wie weit sind die Kandidaten aus Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die EU vorangekommen?*

Die Beziehungen zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) und der EG/EU erhielten eine neue historische Dimension von bis dahin nicht gekannter Reichweite nach der politischen und ökonomischen Wende in Mittel- und Osteuropa zu Beginn der 90er Jahre. Bereits im Dezember 1991 hat die EG Assoziierungsabkommen mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei abgeschlossen. 1993 folgten dieselben Abkommen mit Rumänien, Bulgarien sowie getrennt mit Tschechien und der Slowakei und schließlich 1995 und 1996 mit den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie mit Slowenien. Die Europaabkommen enthielten wichtige wirtschaftliche Aspekte der Annäherung und sollten den assoziierten Ländern helfen, ihre in Angriff genommene Transformation erfolgreich fortzusetzen. Sie enthielten aber noch keinen Hinweis auf eine künftige EU-Mitgliedschaft. Dem Bestreben der MOEL, Mitglied der EU zu werden, ist der Europäische Rat in Kopenhagen im Juni 1993 nachgekommen. Der Kopenhagener Gipfel beschloss, dass diejenigen assoziierten Staaten Mitglieder der EU werden können, die dies wünschen und die die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen<sup>1</sup> für einen EU-Beitritt erfüllen.

Nach Auswertung der in einer großen Umfrageaktion gewonnenen Detailinformationen über den Entwicklungsstand eines jeden Kandidaten hat die EU im Dezember 1997 auf dem Gipfel in Luxemburg die ersten fünf MOEL (Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn) und Zypern zu den Beitrittsverhandlungen eingeladen (Luxemburg-Staaten). Die Beitrittsverhandlungen mit dieser Ländergruppe begannen im März 1998. Den übrigen MOEL hat die Brüsseler Kommission zwar Fortschritte bei der

Etablierung der Demokratie und Marktwirtschaft bescheinigt, bemängelte aber zugleich unter anderem die noch geringe Durchsetzungskraft neuer Institutionen, unzureichende Kompatibilität der nationalen Gesetzgebung mit dem EU-Recht und die vernachlässigte Privatisierung. Besonders die baltischen Staaten Lettland und Litauen fühlten sich durch die Entscheidung der Kommission ungerecht behandelt. Statt sich jedoch in nutzlosen Diskussionen zu verlieren, begriff man in den betroffenen Ländern die Brüsseler Entscheidung als Herausforderung für das eigene Land und hat die Integrationsfrage zur Chefsache erklärt.

In den darauffolgenden Jahren konnte der Reformprozess entschieden vorangetrieben werden, so dass eine ganze Reihe von Kritikpunkten hinfällig geworden ist und die EU im Dezember 1999 auf dem Gipfel in Helsinki die fünf übrigen MOEL (Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei) und Malta zu den Verhandlungen einladen konnte (Helsinki-Gruppe). Die Verhandlungen mit dieser Ländergruppe begannen Mitte Februar 2000. Seit dieser Zeit steht die EU mit allen beitrittswilligen Kandidaten in einem intensiven Verhandlungsprozess.

### Erhebliche Unterschiede

Wo stehen heute die mittel- und osteuropäischen EU-Kandidaten nach einer Dekade der Transformationspolitik und sieben Jahre nach der ihnen von der EU in Aussicht gestellten Mitgliedschaft<sup>2</sup>? In ihrem jüngsten Strategiepapier und in den Länderberichten kommt die EU-Kommission zu der Schlussfolgerung, dass zwar alle Länder Fortschritte erzielt haben, je-

*Dr. Andreas Polkowski, 52, ist Mitarbeiter in der Abteilung „Europäische Integration“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).*

<sup>1</sup> Die Kopenhagener Beitrittskriterien sind: demokratische und rechtsstaatliche Ordnung; Wahrung der Menschenrechte und Minderheitenschutz; funktionsfähige Marktwirtschaft; Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten; Ziele der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion zu übernehmen.

doch zwischen den Ländern noch erhebliche Unterschiede bestehen. Dabei legte die Kommission die Kopenhagener Kriterien zugrunde. Für alle Beitrittskandidaten gilt, dass sie die politischen Kriterien des Beitritts erfüllen. Besorgniserregend sind in einigen Ländern immer noch das hohe Ausmaß der Korruption sowie die Schwäche der Justiz und der staatlichen Verwaltung. Die Tatsache, dass die Korruption ein ernsthaftes Problem darstellt, bestätigt auch die Rangliste der Transparency International, die den Korruptionsindex (CP/2000) für 90 Länder veröffentlicht hat<sup>3</sup>. Bulgarien, Slowakei, Lettland und Rumänien belegen Plätze im zweiten Teil der Liste. Besonders weit abgeschlagen auf Platz 68, hinter Kasachstan und Simbabwe, liegt Rumänien. Tschechien, Litauen und Polen befinden sich im Mittelfeld. Nur Estland, Slowenien und Ungarn haben den Anschluss an die EU-Länder erreicht; sie liegen hinter Portugal und Belgien aber noch vor Griechenland und Italien.

Auch beim Schutz der Menschenrechte und der Minderheiten hat die EU-Kommission noch unzureichende Fortschritte bei einigen Kandidaten bemängelt, gleichzeitig aber getroffene Maßnahmen in Estland und Lettland in Bezug auf die Integration ausländischer Staatsbürger sowie ein Aktionsprogramm zugunsten der in Ungarn lebenden Roma gewürdigt. Nach jüngsten Informationen ist Lettland, das den höchsten Anteil von Nichtletten an der Gesamtbevölkerung aufweist (2000: 44,2%), in Anerkennung seiner Reformbemühungen um die Eingliederung anderer Bevölkerungsgruppen aus dem Überwachungsverfahren des Europarates entlassen worden. Die Hauptursache der Missstimmung zwischen dem Europarat und Lettland war das restriktive Sprachengesetz, das die nichtlettische Bevölkerung zu Staatenlosen machte, wenn sie sich nicht einem als sehr schwer geltenden Sprachtest für den Erwerb der Staatsbürgerschaft unterwarfen. Nach einer Neuauflage des Sprachen- und Staatsbürgerschaftsgesetzes ist die Zahl der beantragten Staatsbürgerschaften sprunghaft gestiegen und die Eingliederung anderer

Bevölkerungsgruppen mit Hilfe sozialer Integrationsprogramme und Unterstützung ausländischer Geldgeber deutlich verbessert worden.

Die zehn mittel- und osteuropäischen Länder, deren Gesamtfläche rund ein Drittel der Fläche der EU-15 beträgt, auf der gut ein Viertel der EU-Bevölkerung bzw. Erwerbstätigen lebt und arbeitet, erwirtschafteten 1999 ein Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftparitäten gerechnet), das nur ein Zehntel des BIP der EU-15 ausmacht (vgl. Tabelle 1). Das reale BIP-Wachstum lag 1999 in den zehn MOEL bei durchschnittlich 2,3%. Überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten erzielten Slowenien mit 4,9%, Ungarn 4,5%, Polen 4,1% und Bulgarien mit 2,5%. In der Slowakei verlangsamte sich die konjunkturelle Entwicklung 1999 infolge eines rigorosen Sparprogramms der Regierung auf 1,9% gegenüber 4,4% 1998. In Tschechien kam die Rezession mit einem negativen Wachstum von 0,2% fast zum Stillstand. In den baltischen Ländern haben die Nachwirkungen der Russlandkrise das Wachstum auch 1999 gebremst. Nur Lettland konnte 1999 ein geringes BIP-Wachstum von real 0,1% erzielen. In Estland und Litauen dagegen sank das BIP erstmals seit 1994 im Jahresvergleich gegenüber 1998 real um 1,1% bzw. 4,1%. Die rumänische Wirtschaft verzeichnete 1999, im dritten Jahr in Folge, einen Rückgang des BIP von 3,2% und bildete damit das Schlusslicht unter den MOE-Beitrittskandidaten.

Für 2000 und 2001 wird von den deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten ein durchschnittlicher Zuwachs des realen BIP in zehn MOE-Beitrittsländern von 4,0% bzw. 3,6% prognostiziert. Die zu erwartenden Wachstumsraten liegen dann nur um 0,7 bzw. 0,8 Prozentpunkte über den entsprechenden BIP-Prognosen für die EU-15. Mit Blick auf den ungewöhnlich hohen Aufholbedarf der mittel- und osteuropäischen EU-Anwärter scheinen die realen BIP-Zuwächse relativ niedrig zu sein.

### **Funktionsfähige Marktwirtschaften?**

Die Fortschritte der Beitrittskandidaten in Bezug auf die Erfüllung der beiden wirtschaftlichen Teilkriterien – funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten – sind eher uneinheitlich. Bezüglich des ersten wirtschaftlichen Teilkriteriums kommt die EU-Kommission zu dem Schluss, dass Estland, Polen und Ungarn funktionierende Marktwirtschaften sind. Tschechien und Slowenien sowie Lettland, Litauen und die Slowakei können als funktionierende Marktwirtschaften ange-

<sup>2</sup> Zum aktuellen Stand der Wirtschaftslage und der Transformation in den Beitrittsländern siehe Europäische Kommission: Progress Reports 2000 ([www.europa.eu.int/comm/enlargement/](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/)); Aktuelle Analysen führender deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie: Ostmittel- und Osteuropa im Aufschwung, Sammelband 2000/2 und frühere Ausgaben; Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, HWWA Report 204; Jahresgutachten 2000/01 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestags-Drucksache 14/4792, November 2000; International Monetary Fund: Country Information ([www.imf.org](http://www.imf.org)) European Bank for Reconstruction and Development: Transition Report, versch. Jgg.; Deutsche Bank Research Monitor: EU-Erweiterung, Mittel- und Osteuropa, Nr.1 u. 2/2000.

<sup>3</sup> [www.transparency.de/documents/cpi/2000/cpi2000.de.html](http://www.transparency.de/documents/cpi/2000/cpi2000.de.html)

**Tabelle 1**  
**Die Wirtschaftsleistung der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer 1999**

Land	Fläche		Bevölkerung		Erwerbstätige		BIP in Kaufkraftparitäten			BIP-Wachstumsrate in % des EU-Durchschnitts	
	Tsd. km <sup>2</sup>	Anteil in %	Mill.	Anteil in %	Mill.	Anteil in %	Mrd. Euro	Anteil in %	Euro/Einw.		
EU-Anwärter	1 077,5	100,0	104,6	100,0	44,1	100,0	838,0	100,0	8 000	38,0	2,3 <sup>a</sup>
Luxemburg-Staaten											
Estland	45,2	4,2	1,4	1,3	0,6	1,4	10,8	1,3	7 800	37,0	-1,1
Polen	312,7	29,0	38,7	37,0	15,7	35,6	301,9	36,0	7 800	37,0	4,1
Slowenien	20,3	1,9	2,0	1,9	0,8	1,8	30,0	3,6	15 000	71,0	4,9
Tschechien	78,9	7,3	10,3	9,8	4,7	10,7	128,7	15,4	12 500	59,0	-0,2
Ungarn	93,0	8,6	10,0	9,6	3,8	8,6	108,1	12,9	10 700	51,0	4,5
Helsinki-Staaten											
Bulgarien	111,0	10,3	8,2	7,8	3,1	7,0	38,5	4,6	4 700	22,0	2,5
Lettland	64,6	6,0	2,4	2,3	1,0	2,3	13,9	1,7	5 800	27,0	0,1
Litauen	65,3	6,1	3,7	3,5	1,6	3,6	22,9	2,7	6 200	29,0	-4,1
Rumänien	237,5	22,0	22,5	21,5	10,7	24,3	128,2	15,3	5 700	27,0	-3,2
Slowakei	49,0	4,5	5,4	5,2	2,1	4,8	55,6	6,6	10 300	49,0	1,9
Nachrichtlich EU-15	3 191,1	100,0	377,4	100,0	162,0	100,0	7 985,4	100,0	21 200	100,0	2,4

<sup>a</sup> Gewichtet mit dem BIP in US-Dollar.

Quelle: Ostmittel- und Osteuropa im Aufschwung. Aktuelle Analysen führender deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Sammelband 2000/2; Strategiepapier zur Erweiterung, Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, November 2000, <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/>; eigene Berechnungen.

sehen werden, Bulgarien und Rumänien erfüllen dagegen dieses Kriterium noch nicht.

Dass Estland, Polen und Ungarn so gut in der Gesamtwertung abgeschnitten haben, hängt mit dem Verlauf der Transformation in diesen Ländern zusammen. Estland hat seit der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit 1991 eine zielgerichtete und zügige Transformationspolitik betrieben, deren Grundlage die liberale ökonomische Theorie ist. In kaum einem anderen Transformationsland erfolgte die Deregulierung und Liberalisierung so radikal, war die Geld- und Fiskalpolitik so restriktiv und konnte die Privatisierung in so kurzer Zeit erfolgreich durchgeführt werden.

Polen ist zum Inbegriff eines schockartigen Wandels von der Plan- zur Marktwirtschaft geworden. Nach einem relativ kurzen Vorlauf der Systemtransformation (ab 1988), gekennzeichnet durch die Einführung der Gewerbefreiheit und Schaffung eines zweistufigen Bankensystems sowie einer nur dreimonatigen Vorbereitungsphase, in der der gesetzliche Rahmen und die organisatorisch-institutionellen Grundlagen für die Transformation und die Marktwirtschaft geschaffen worden sind, begann am 1. Januar 1990 die Startphase der Transformation, die eine fast

vollständige Deregulierung der Preise und Liberalisierung des Außenhandels brachte.

Ungarn hatte einen sehr langen Reformvorlauf, der bis 1968 zurückgeht. Obwohl es in dieser Zeit eigentlich darum ging, Grundlagen einer „sozialistischen“ Marktwirtschaft zu schaffen, wurden dennoch wichtige Reformschritte, unter anderem Zulassung des privaten Unternehmertums, Anpassung des Steuersystems an das der westlichen Länder, Freigabe der Preise, Schaffung eines zweistufigen Bankensystems, Beseitigung von Marktzugangsbeschränkungen, im Sinne der künftigen Transformationspolitik bereits getan. Hinzu kommt noch, dass die wesentlich früher und komplexer als in anderen sozialistischen Ländern eingeleiteten Reformmaßnahmen das Verständnis und die Akzeptanz für die Marktwirtschaft verstärkt haben. Im Zuge dieser Reformpolitik wurden Voraussetzungen für ein anhaltendes Wachstum geschaffen.

Seit 1997 werden in der ungarischen Wirtschaft markante BIP-Wachstumsraten erzielt. Infolge des Wirtschaftswachstums sinkt auch allmählich die Arbeitslosenquote. In einigen Regionen des Landes herrscht heute nahezu Vollbeschäftigung, teilweise sogar Arbeitskräftemangel. Die Defizite im Staats-

haushalt und in der Leistungsbilanz konnten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre halbiert werden. Auch das einstellige Inflationsziel wurde 2000 erreicht. Die jüngsten wichtigen volkswirtschaftlichen Indikatoren sind ein Beweis für den Erfolg der gradualistischen Transformationspolitik in Ungarn und eine Bestätigung für den verdienten hohen Rang der ungarischen Wirtschaft unter den EU-Anwärtern.

Auch die beiden übrigen Länder der Spitzengruppe Polen und Estland, die eher dem radikalen Ansatz der Transformation gefolgt sind, weisen makroökonomische Stabilität auf (vgl. Tabelle 2). Polen ist das einzige Transformationsland, das bereits seit 1992 positive Wachstumsraten des realen BIP erzielt, und Estland, seit 1994 auf dem Wachstumspfad, hat die erste Rezession seit der Unabhängigkeit, in die es 1999 im Zuge der Russlandkrise geriet, längst überwunden. Bemerkenswert sind die Erfolge Estlands bei der Bekämpfung der Inflation. Beide Länder haben dagegen mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die freigesetzten Arbeitskräfte können wegen niedriger Qualifikation, geringer Mobilität und vielfach wegen des Alters nur schwer eine neue Arbeitsstelle finden. Die hohe Arbeitslosigkeit geht oft mit einem gleichzeitigen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften einher. In dieser Hinsicht sind die fortgeschrittenen Transforma-

tionsländer vielen westlichen Volkswirtschaften ähnlich.

Die zweite Ländergruppe, der die EU-Kommission bescheinigt hat, dass ihre Volkswirtschaften als funktionierende Marktwirtschaften angesehen werden (Tschechien, Slowenien, die Slowakei und Litauen), haben ebenfalls makroökonomische Erfolge vorzuweisen (vgl. Tabelle 2). Neben einigen Teilerfolgen sowohl bei der Bekämpfung der Inflation und Modernisierung des öffentlichen Sektors (Lettland, Litauen) als auch bei der Verbesserung der makroökonomischen Stabilität (Tschechien, Slowenien und Slowakei) werden auch markante Reformdefizite in Hinblick auf die Transparenz des Kapitalmarktes, der Marktaustrittsbedingungen und der Wirtschaftskriminalität identifiziert. Wenn jedoch die Slowakei, Lettland und Litauen ihre Reformanstrengungen konsequent verstärken, haben sie gute Chancen, zu den Luxemburg-Staaten aufzuschließen.

Die dritte Ländergruppe bilden Bulgarien und Rumänien. Während Bulgarien von der Kommission Fortschritte auf dem Weg zu einer funktionierenden Marktwirtschaft, nach einer schweren Wirtschaftskrise 1996/1997, bescheinigt werden, ist das Urteil für Rumänien eindeutig negativ. Rumänien verfüge über keine funktionierende Marktwirtschaft, und eine

**Tabelle 2**  
**Ausgewählte gesamtwirtschaftliche Indikatoren der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer 1991-1999**

Land	Arbeitslosenquote in % der Beschäftigten insgesamt			Inflationsrate Verbraucherpreise gg. Vorjahr, JD			Investitionsquote in % des BIP			Budgetsaldo in % des BIP		
	1991	1995	1999	1991	1995	1999	1991	1995	1999	1991	1995	1999
EU-Anwärter <sup>a</sup>	6,0	9,3	12,3	88,1	25,2	10,1	18,8	21,5	25,9	-2,9	-2,9	-2,2
Luxemburg- Staaten												
Estland	6,5	9,7	13,2	211,0	28,9	3,3	19,5	26,0	25,1	0,2	-1,2	-4,7
Polen	11,8	14,9	13,0	70,3	27,8	7,3	19,5	17,1	26,5	-3,8	-3,3	-2,0
Slowenien	8,1	7,4	7,5	117,7	13,5	6,1	6,0	23,4	26,2	-0,2	-0,3	-0,6
Tschechien	3,5	2,9	9,4	20,8	9,1	2,1	23,1	32,0	30,2	0,2	0,3	-0,8
Ungarn	7,8	10,4	9,6	35,0	28,2	10,0	20,4	20,0	23,8	-2,1	-6,2	-3,9
Helsinki- Staaten												
Bulgarien	10,5	11,1	16,0	329,4	62,1	1,8	18,2	15,3	15,9	-14,7	-5,6	-0,9
Lettland	0,6	6,6	14,4	172,0	25,0	2,4	-	15,1	25,0	-0,8	-3,1	-3,9
Litauen	0,3	7,3	10,0	224,7	39,6	0,8	24,3	24,7	23,0	2,7	-4,5	-5,7
Rumänien	3,0	9,9	11,5	170,2	32,2	45,8	14,0	21,9	20,6	-1,9	-4,1	-2,6
Slowakei	7,9	13,1	19,2	68,8	9,9	10,6	28,3	27,4	32,9	-2,8	1,9	-3,7
Nachrichtlich EU-15	8,0	10,6	9,1	4,8	2,9	1,2	21,0	19,8	20,2	-4,3	-5,4	-0,8

<sup>a</sup> Summe der aufgeführten Länder. Die Angaben gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen bzw. mit dem BIP in US-Dollar.

Quelle: Ostmittel- und Osteuropa im Aufschwung. Aktuelle Analysen führender deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Sammelband 2000/2; Wirtschafts- und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Sammelband 2000; eigene Berechnungen.

Umkehr des negativen Wirtschaftstrends ist sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite nicht zu erkennen. Vor diesem Hintergrund ist die in Helsinki von der EU ausgesprochene Einladung Rumäniens zu den Beitrittsverhandlungen nicht als Würdigung der wirtschaftlichen Reformen, sondern eher als Unterstützung für den politischen Reformkurs des Landes zu deuten.

### Wettbewerbsfähige Volkswirtschaften?

Das zweite ökonomische Kriterium – die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten – setzt nicht nur ausreichende makroökonomische Stabilität voraus, sondern auch einen ausreichenden Bestand an Human- und Sachkapital, einschließlich der Infrastruktur. Im Übrigen sollen die Unternehmen nicht mehr auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Die Schaffung wettbewerbsfähiger Strukturen auf der Angebotsseite erweist sich für alle Transformationsländer als ein äußerst schwieriges Problem. Zwar lässt die neue Gesetzgebung privatwirtschaftliche Betätigung ohne Einschränkungen zu, und der Verkauf oder die Verpachtung kleiner Staatsbetriebe (sogenannte kleine Privatisierung) konnte in relativ kurzer Zeit bewäl-

tigt werden, doch die Überführung großer und vor allem sehr großer Staatsbetriebe in Unternehmen, die harten Budgetrestriktionen unterliegen, sich gewinnmaximierend und innovativ verhalten, war und ist viel schwieriger.

Bei der großen Privatisierung hat man sich von Land zu Land unterschiedlichen Privatisierungsmethoden bedient – Verkauf, Liquidation, Kommerzialisierung, Massenprivatisierung –, die nicht immer aus neuen Besitzern „echte“ Eigentümer hervorgebracht haben. Bei vielen Unternehmen blieb zunächst der Staat Mehrheitseigner. Erst in den weiteren Privatisierungsanläufen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat sich der Staat von seinen Mehrheitsanteilen teilweise getrennt. Im Zuge der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse ist der Anteil des Privatsektors am BIP der zehn EU-Anwärter Ende der 90er Jahre auf durchschnittlich über 70% gestiegen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Umwandlung der Eigentumsrechte in den MOEL haben ausländische Direktinvestoren geleistet. Aus der Entwicklung der Kapitalzuflüsse (vgl. Tabelle 3) können im Übrigen auch Rückschlüsse auf den erreichten Stand der Reformen gezogen werden. Weisen die Direktinvesti-

**Tabelle 3**  
**Außenwirtschaft der mittel- und osteuropäischer EU-Beitrittsländer 1999**

Land	Außenhandel				Leistungsbilanz	Ausländische Direktinvestitionen	
	Ausfuhren in % der Einfuhren	Ausfuhren in die EU in % der Gesamtausfuhren	Einfuhren aus der EU in % der Gesamteinfuhren	Saldo der EU gegenüber dem Land in Mill. Euro		Saldo in % des BIP	Kumulierter Wert in Euro pro Kopf
EU-Anwärter	78,5 <sup>a</sup>	68,7 <sup>a</sup>	62,0 <sup>a</sup>	17 370	-5,0	726	4,5 <sup>b</sup>
Luxemburg-Staaten							
Estland	68,3	72,7	65,0	531	-6,2	1 052	4,6
Polen	59,6	70,5	64,9	11 357	-7,5	485	4,3
Slowenien	85,8	66,0	68,6	1 545	-2,9	532	0,2
Tschechien	93,0	69,2	64,0	1 482	-2,0	1 357	9,1
Ungarn	89,3	76,2	64,4	1 270	-4,3	1 654	2,9
Helsinki-Staaten							
Bulgarien	72,5	52,6	48,6	424	-5,3	256	6,1
Lettland	58,4	62,5	54,5	244	-10,6	825	5,8
Litauen	62,1	50,1	49,7	481	-11,2	511	4,5
Rumänien	81,8	65,5	60,4	536	3,8	220	2,4
Slowakei	90,2	59,4	51,7	-500	-5,9	366	3,7
Nachrichtlich EU-15	102,5	63,5	61,8	67 900	0,2	4 110	3,8

<sup>a</sup> Gewichtet mit den Anteilen an den Gesamtausfuhren bzw. -einfuhren. <sup>b</sup> Gewichtet mit dem BIP in US-Dollar.

Quelle: Strategiepapier zur Erweiterung, Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, November 2000, <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/>; eigene Berechnungen.

tionen hohe Zuwächse auf, bedeutet dies, dass das Investitionsrisiko insgesamt abnimmt und der Markt zunehmend attraktiver wird.

Neben der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse durchliefen die EU-Beitrittsländer, außer Bulgarien und Rumänien, in den 90er Jahren einen Strukturwandel, der durch sinkende Anteile der Industrie und der Landwirtschaft am BIP sowie einen zunehmenden Beitrag der Dienstleistungen zum BIP gekennzeichnet war. Die veränderten Anteile der Sektoren am BIP können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Transformationswirtschaften noch mit vielen Strukturadaptationsproblemen belastet sind. Die landwirtschaftliche Produktivität ist bedeutend niedriger als im EU-Durchschnitt. Während z.B. 25 polnische Bauern Erzeugnisse im Wert von 100 000 Euro hervorbringen, werden für diese Leistungen in Holland, Belgien oder Dänemark nur noch zwei Arbeitskräfte benötigt. Obwohl der zu sowjetischen Zeiten überdimensionierte Industriesektor osteuropaweit stark geschrumpft und zum größten Teil privatisiert ist, stellen noch viele Betriebe des produzierenden Gewerbes mit veralteter Technik nichtweltmarktfähige Produkte her. Die dynamische Entwicklung des Dienstleistungssektors ist darauf zurückzuführen, dass manche Dienste wie z.B. Telekommunikation einen großen Nachholbedarf hatten und andere wie Bank-, Versicherungs- und Immobiliengeschäfte erst in dem neuen Wirtschaftssystem angeboten werden. Im Teilbereich der öffentlichen Dienstleistungen ist die Leistungserstellung meist noch wenig effizient, so dass hier noch viele Produktivitäts- und Qualitätsreserven auszuschöpfen sind.

#### **Handelsverflechtung**

Die Fähigkeit der EU-Beitrittskandidaten, dem Wettbewerbsdruck in der Gemeinschaft standzuhalten, kommt bereits im Umfang und der Entwicklung ihrer Handelsverflechtungen mit der EU zum Ausdruck. Die Europäische Union ist der wichtigste Handelspartner für die Beitrittsländer geworden; im Durchschnitt entfallen über 60% ihrer gesamten Außenhandelsumsätze auf die EU (vgl. Tabelle 3). Am stärksten sind die Luxemburg-Staaten im Handel mit der EU verflochten. Außer Rumänien, Tschechien, Slowenien und Ungarn weisen die übrigen Beitrittsländer hohe Importüberschüsse im Handel mit der EU auf. Auch in der Warenstruktur hat sich ein Wandel vollzogen. An Bedeutung gewann der Handel mit Industriegütern, insbesondere mit Erzeugnissen des Maschinenbaus und der Elektroindustrie, welche die höchsten Anteile sowohl an der Gesamtausfuhr der

EU als auch der Gesamteinfuhr der Beitrittskandidaten aufweisen. Der überwiegende Teil dieser Warenumsätze entfällt mittlerweile auf den intra-industriellen Handel.

Die Grundlage der Arbeitsteilung zwischen der EU und den Beitrittsländern bildet die unterschiedliche Humankapitalintensität bei den Fertigungsprozessen, die auf die bestehende technologische und innovative Lücke sowie den Lohnkostendifferenzen zurückzuführen ist. Zwar gewinnt auch der Austausch von technologisch hochwertigen Waren an Bedeutung, ein Teil dieser Produkte wird jedoch im Rahmen von Lohnveredelungen gefertigt. Die starke Handelsverflechtung der EU-Anwärter mit der Gemeinschaft bereits vor dem Beitritt wird den Kandidaten die Erfüllung des zweiten ökonomischen Kriteriums erheblich erleichtern.

#### **Ausblick**

Trotz erzielter Fortschritte ist die Kommission der Meinung, dass das zweite wirtschaftliche Kriterium bis Ende 2000 noch von keinem der Beitrittsländer erfüllt wurde. Sofern jedoch die gegenwärtigen Reformbemühungen konsequent fortgesetzt und zu Ende geführt werden, dürften die fünf Luxemburg-Staaten Estland, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn in „naher Zukunft“ und Lettland, Litauen, Slowakei „mittelfristig“ in der Lage sein, das Kriterium zu erfüllen. Bulgarien und Rumänien sind dagegen noch nicht bzw. nicht mittelfristig in der Lage, dem Wettbewerbsdruck der Union standzuhalten.

Eine zentrale Rolle im Beitrittsprozess spielt die Übernahme und Umsetzung des rechtlichen Besitzstandes der EU (Acquis Communautaire), was Gegenstand der Verhandlungen seit März 1998 mit den Luxemburg-Staaten und seit Februar 2000 mit den Helsinki-Staaten ist. Mit der ersten Ländergruppe wurden alle zur Zeit möglichen 29 Kapitel des Besitzstandes der EU (bis auf Institutionen und Verschiedenes) geöffnet und zwischen 16 (Estland) und 13 (Polen) bereits vorläufig geschlossen. Gute Fortschritte bei den Verhandlungen machen auch die Slowakei, Lettland und Litauen, die bis Ende 2000 16 Kapitel geöffnet haben. Es wird damit gerechnet, dass die restlichen Kapitel mit den drei fortschrittlichen Ländern der Helsinki-Gruppe bis zur Jahresmitte 2001 geöffnet werden. Wenn die Rechtsangleichung und die wirtschaftlichen Reformen weiter zügig vorangehen werden, haben alle acht Kandidaten reelle Chancen bis Ende 2002 die formellen Voraussetzungen für den Beitritt zu erfüllen. Ob sie alle bereits Mitte 2004 an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen werden, ist jedoch fraglich.